

Georgien: LGBTQI+

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 6. September 2023

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2023 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Gesellschaftliche Haltung gegenüber LGBTQI+-Menschen.....	4
3	Anti-LGBTQI+-Diskurs von Regierungspartei und in der Politik	5
4	Übergriffe gegen LGBTQI+-Personen	7
4.1	Ausmass und Art der Übergriffe	7
4.2	Risikoprofile.....	12
4.3	Stadt-Land-Unterschiede.....	15
5	Staatlicher Schutz	15
5.1	Gesetzliche Lage	15
5.2	Umsetzung	16

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. In welchem Ausmass kommt es in Georgien (ohne Abchasien und Südossetien) zu Übergriffen durch nichtstaatliche Akteure gegen LGBTQI+-Personen¹ wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, wenn diese bekannt oder erkennbar ist?
2. Welcher Art sind diese Übergriffe?
3. Sind die staatlichen Behörden bereit und fähig, effektiv Schutz vor Übergriffen zu bieten? Gehen Polizei und Staatsanwaltschaft Anzeigen Betroffener nach?
4. Ist das Risiko, Opfer eines Übergriffs zu werden, für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle unterschiedlich? Hängt das Risiko von weiteren individuellen Faktoren ab (zum Beispiel LGBTQI+-Aktivist*in, ethnische oder religiöse Zugehörigkeit, wirtschaftlicher Status)?
5. Können Zahlen zu Verfolgungsgeschehen und -dichte (Anzahl Opfer, Schwere der Schädigungen), sowie Verfolgungs- und Aufklärungsquote im Bereich der Übergriffe gegen LGBTQI+-Personen aus Gründen der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität angegeben werden (falls möglich getrennt für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle)?
6. Wie stellt sich die Entwicklung in den letzten drei Jahren dar?
7. Gibt es regionale Unterschiede zum Verfolgungsgeschehen? Wie stellt sich die Situation in grösseren Städten (insbesondere Tiflis) dar?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Georgien seit mehreren Jahren.² Aufgrund von Auskünften von Expertinnen und Experten und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Gesellschaftliche Haltung gegenüber LGBTQI+-Menschen

Homo- und transphobe Einstellungen in Gesellschaft. *Ana Aptsiauri von der georgischen NGO Equality Movement*³ gab gegenüber der SFH an, dass die georgische Gesellschaft noch

¹ LGBTQI+ ist eine Abkürzung für die englischsprachigen Begriffe «Lesbian, Gay, Bi, Trans, Queer und Intersex». Auf Deutsch steht dies für lesbisch, schwul, bisexuell, trans, queer und intersexuell. Das + steht für weitere Geschlechtsidentitäten.

² <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>.

³ Ana Aptsiauri ist Menschenrechtsanwältin und Legal Advocacy Officer sowie Projektkoordinatorin bei der georgischen NGO Equality Movement. Die NGO setzt sich ein gegen Gewalt und für die Gleichberechtigung von Frauen und der LGBTQI+-Gemeinschaft.

immer von stereotypen Denkweisen geprägt und die LGBTQI+ die am stärksten marginalisierte Gruppe in Georgien seien.⁴ Die *Kommissarin für Menschenrechte des Europarates Dunja Mijatović* hält in ihrem Bericht im Juli 2022 fest, dass es in der georgischen Gesellschaft eine anhaltende Stigmatisierung von LGBTQI+-Personen gibt. Diese sei eng mit tief verwurzelten Vorstellungen über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung «traditioneller» Werte und der Familieneinheit verbunden. In der georgischen Gesellschaft herrsche nach wie vor die Einstellung vor, dass LGBTQI+-Personen «sündhaft, unanständig oder krankhaft» sind.⁵ Auch der Bericht des *Büros des Ombudsmannes von Georgien* aus dem Jahr 2021 weist darauf hin, dass Studien, die in den Jahren zuvor in Georgien durchgeführt wurden, zeigten, dass homophobe Einstellungen in der Gesellschaft fortbestehen.⁶ Laut einer vom *United Nations Population Fund* (UNFPA) in Georgien im Jahr 2019 durchgeführten quantitativen Umfrage schämen sich 83 Prozent der Männer und 74 Prozent der Frauen, ein homosexuelles Kind zu haben. Die Überzeugung, dass homosexuelle Frauen oder Männer nicht mit Kindern arbeiten sollten, wird demnach von 83 Prozent der Männer und 64 Prozent der Frauen vertreten. 81 Prozent der Männer antworteten, dass sie keinen homosexuellen Freund haben würden, im Vergleich zu nur 54 Prozent der Frauen.⁷ In einer Umfrage des *Caucasus Research Resource Center* aus dem Jahr 2019 standen auf die Frage, wen die Befragten nicht als Nachbarn haben möchten, Homosexuelle mit 24 Prozent der Antworten an dritter Stelle, hinter Kriminellen (27 Prozent) und Drogenabhängigen (25 Prozent).⁸ Eine von *UN Women* in Auftrag gegebene Studie der georgischen NGO *Women's Initiative Supporting Group* sieht dagegen eine Tendenz zu einer Verbesserung der gesellschaftlichen Einstellung gegenüber LGBTQI+-Menschen. Ihre Einschätzung stützt sich auf die Resultate einer Umfrage aus dem Jahr 2021 im Vergleich zu einer früheren Umfrage aus dem Jahr 2016. Die Einstellung gegenüber transsexuellen und geschlechtsuntypischen Menschen sei aber weiterhin ähnlich wie 2016 und nach wie vor negativer als die gegenüber Bisexuellen oder Homosexuellen. LGBTQI+-Aktivist*innen werden laut der Studie weiterhin sehr negativ wahrgenommen.⁹

3 Anti-LGBTQI+-Diskurs von Regierungspartei und in der Politik

Negative Wahrnehmung der LGBTQI+-Personen wird durch Politiker*innen, Religionsführer*innen und Medien verstärkt. Laut der *Kommissarin für Menschenrechte des Europarates Dunja Mijatović* wird die negative Wahrnehmung von LGBTQI+-Personen durch die Gesellschaft von Mitgliedern rechtsextremer Gruppen, einigen religiösen Führer*innen, einigen

⁴ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁵ Council of Europe/Commissioner for Human Rights (CoE/CommDH), Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 13, Paragraph 31: <https://rm.coe.int/report-of-the-council-of-europe-commissioner-for-human-rights-dunja-mi/1680a740bf>.

⁶ Public Defender of Georgia, The Rights of LGBT+ People in Georgia, 2021, S. 10: <https://www.ombudsman.ge/res/docs/2022051115380032325.pdf>.

⁷ United Nations Population Fund (UNFPA), Men, Women, and Gender Relations in Georgia: Public Perceptions and Attitudes, 16. Juni 2020, S. 17-18: <https://georgia.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/unfpa-research-eng.pdf>.

⁸ Public Defender of Georgia, The Rights of LGBT+ People in Georgia, 2021, S. 10.

⁹ Women's Initiative Supporting Group (WISG), From Prejudice to Equality, Study of societal attitudes, knowledge and information regarding the LGBTQI communities and their rights in Georgia, 2023, S. 16-27: https://georgia.unwomen.org/sites/default/files/2023-02/Wisg_WEB_ENG.pdf

Politiker*innen und einigen Medienvertretenden genährt und verstärkt.¹⁰ Auch das *Büro des Ombudsmannes von Georgien* betont, dass homophobe Einstellungen durch die Ignoranz des Staates gegenüber der Stigmatisierung und den Vorurteilen gegenüber LGBTQI+-Menschen, die von Politiker*innen verbreiteten Hassreden und die fehlende öffentliche Anerkennung der Herausforderungen dieser Gruppe gefördert werden.¹¹

Hassreden von hochrangigen Beamt*innen, Regierungsvertretenden und religiösen und kommunalen Führer*innen legitimieren Gewalt gegen LGBTQI+-Personen. Hassreden gegen LGBTQI+-Personen sind ein wichtiges Problem in Georgien.¹² Die *Kommissarin für Menschenrechte des Europarates Dunja Mijatović* zeigte sich besonders bestürzt von öffentlichen Äusserungen von Intoleranz von hochrangigen Beamt*innen sowie von religiösen und kommunalen Führer*innen. Bestimmte Medien, insbesondere diejenigen, die mit ultrakonservativen und rechtsextremen Bewegungen in Verbindung stehen, haben demnach ebenfalls Hassreden verbreitet oder zu deren Verbreitung beigetragen. Laut *Dunja Mijatović* seien Hassreden gegen LGBTQI+-Personen in der Vergangenheit vor allem in Wahlkampfzeiten zu hören gewesen, heute gehörten sie aber zum alltäglichen Diskurs. Dies sei zum Teil darauf zurückzuführen, dass ultrakonservative und rechtsextreme Gruppen zunehmend den öffentlichen Raum für sich beanspruchten und ihren Zugang nicht nur zu den privaten, sondern auch zu den öffentlich-rechtlichen Medien ausgeweitet hätten.¹³ Die *georgische NGO Tbilisi Pride*¹⁴ stellte gegenüber der *Rechercheabteilung für Herkunftsländerinformationen des belgischen Office of the Commissioner General for Refugees and Stateless Persons (CGRS-Cedoca)*¹⁵ fest, dass die Zahl der homophoben Äusserungen hochrangiger Regierungsbeamter seit dem Amtsantritt des derzeitigen Premierministers im Februar 2021 zugenommen habe.¹⁶ Nach Einschätzung des *Büros des Ombudsmannes von Georgien* sind die von Politiker*innen und Amtsträger*innen verbreiteten Hassreden in Georgien besonders problematisch. So hätten diese Hassreden nicht nur erhebliche negative Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt, sondern tragen auch zur Legitimierung von Gewalt durch ultrakonservative und rechtsextreme Gruppen und ihrer Anhänger bei. Selbst wenn diese Reden keine Aufforderung zu Handlungen enthalten, erzeugen sie doch eine negative Einstellung gegenüber der LGBTQI+-Gemeinschaft.¹⁷

Regierung und die führenden Vertreter der Regierungspartei führen im Jahr 2023 nochmals intensivierten Anti-LGBTQI+-Diskurs. Laut einem Artikel vom Juli 2023 von *Eurasia-Net* nehme in Georgien der von der Regierung geführte Anti-LGBTQI+-Diskurs zu. Seit Monaten habe die georgische Regierung und die führenden Vertretenden der Regierungspartei «Georgischer Traum» aktiv Angst vor dem verbreitet, was sie als westliche Tendenz ansehen, nämlich Kinder mit «LGBTQI+-Propaganda» anzusprechen. Im Juni 2023 hätten so regierungsnahe Medien und Regierungsbeamte Alarm geschlagen, weil bei den «Happy Meals»

¹⁰ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 13, Paragraph 31.

¹¹ Public Defender of Georgia, *The Rights of LGBT+ People in Georgia*, 2021, S. 10.

¹² CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 11, Paragraph 21.

¹³ Ebenda, S. 11, Paragraph 22.

¹⁴ Tbilisi Pride ist eine georgische NGO, die sich für die Rechte der LGBTIQ+ einsetzt.

¹⁵ Cedoca führte im Jahr 2022 eine Fact-Finding-Mission in Georgien durch.

¹⁶ Office of the Commissioner General for Refugees and Stateless Persons (Belgium), COI unit (CGRS-CEDOCA), Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 61: https://www.ecoi.net/en/file/lo-cal/2085951/coi_focus_georgie_algemene_situatie_20230116.pdf.

¹⁷ Public Defender of Georgia, *The Rights of LGBT+ People in Georgia*, 2021, S. 15.

der lokalen McDonald-Franchise ein Heft beilag, welches illustrierte Biografien berühmter Persönlichkeiten enthielt, welche Kinder inspirieren solle. Das Heft enthielt unter anderem die Biografie des offen schwulen britischen Musiker Elton John. Die Tatsache, dass in der Biografie die Ehe des Sängers mit einem anderen Mann erwähnt wird, wurde von den georgischen Behörden als Beweis für die Verbreitung von «LGBTQI+-Propaganda» unter Kindern aufgegriffen. Ab Ende Juni 2023 wurde zudem einer der grössten georgischen Verlage mit eigener Buchhandelskette von konservativer Seite verschiedener Arten der Propaganda beschuldigt. So wurde eine Zusammenstellung von realen Frauenbiografien als «LGBTQI+-Propaganda» bezeichnet. Ein weiteres Werk mit einer Sammlung von Märchen des französischen Autors Charles Perrault aus dem 17. Jahrhundert wurde zudem als «Inzestpropaganda» bezeichnet, vermutlich wegen dem in der Sammlung enthaltenen Märchen «Eselshaut». Premierminister Irakli Garibashvili empörte sich in seiner Parlamentsrede am 30. Juni 2023 über die «LGBTQI+-Propaganda» des Verlagshauses und die «Kampagne» von McDonalds.¹⁸

Gesetzesvorschlag zu «Anti-LGBTQI+-Propaganda» im Frühling 2023 vorerst gescheitert, aber neue Gesetze nicht ausgeschlossen Im Frühling 2023 wurde von Regierungsverbündeten im Parlament ein Gesetz über «Anti-LGBTQI+-Propaganda» nach russischem Vorbild vorgeschlagen. Dieses wurde aber damals von der Regierungspartei nicht unterstützt.¹⁹ Mit dem Beginn der «Pride Week» im Juli 2023 sei laut *EurasiaNet* die Idee des Gesetzes wieder in den Diskurs zurückgekehrt, wobei die georgisch-orthodoxe Kirche ihr Hauptbegrüßworter sei. Auch Premierminister Garibashvili habe in einer Parlamentsrede neue entsprechende Gesetze nicht ausgeschlossen.²⁰

4 Übergriffe gegen LGBTQI+-Personen

4.1 Ausmass und Art der Übergriffe

Hohe Zahl von Hassverbrechen gegen LGBTQI+ ist grosses Problem. Die *European Commission against Racism and Intolerance* (ECRI) des Europarats wies in ihrem Bericht vom Juni 2023 darauf hin, dass der problematischste Bereich in Bezug auf Gewalt im Rahmen des Mandats von ECRI in Georgien die hohe Zahl von Hassverbrechen – einschliesslich Gewalt – gegen LGBTQI+-Personen sei.²¹

Sehr starker Anstieg der Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen ab 2018. Die georgischen Behörden melden dem *Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE/ODIHR) regelmässig Fälle von Hassverbrechen. Im Jahr 2016 wurden von insgesamt 42 Vorfällen von Hassverbrechen von der Polizei zwölf als Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen erfasst. Von den 86 erfassten Vorfällen im Jahr 2017 fielen wiederum 49 in die Kategorie Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen. Die Gesamtzahl der von der georgischen Polizei erfassten Hassverbrechen stieg mit 344 im Jahr 2018,

¹⁸ EurasiaNet, Pride Week marked in Georgia as government escalates homophobia, 7. Juli 2023 <https://www.ecoi.net/de/dokument/2094703.html>.

¹⁹ Ebenda; Agenda.ge, Ruling party rejects claims on backing for potential bill against «LGBT propaganda», 3. Mai 2023: <https://agenda.ge/en/news/2023/1743>.

²⁰ EurasiaNet, Pride Week marked in Georgia as government escalates homophobia, 7. Juli 2023.

²¹ Council of Europe - European Commission against Racism and Intolerance (CoE-ECRI), ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 14-15: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2093996/GEO-CbC-VI-2023-19-ENG-color.pdf>.

775 im Jahr 2019 und 989 im Jahr 2020 dramatisch an.²² Insbesondere die Zahl der geschlechtsspezifischen Hassverbrechen²³ stieg in diesem Zeitraum stark an. Aber auch bei den in einer eigenen Kategorie erfassten Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen war ein sehr starker und anhaltender Anstieg zu verzeichnen. Diese waren 2018 auf 85 Fälle und sowohl 2019 als auch 2020 auf 133 Fälle weiter angestiegen.²⁴ Zusätzlich wurden von weiteren Quellen, unter anderem von zivilgesellschaftlicher Seite, 2018 35 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen, 2019 29 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen und 2020 26 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen dokumentiert. Laut OSZE/ODIHR wurden im Jahr 2021 insgesamt 1703 Hassverbrechen von der Polizei erfasst. Davon wurden von der Polizei 1394 als geschlechtsspezifische Hassverbrechen und 106 als Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen identifiziert. Von weiteren Quellen wurden zudem 39 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen dokumentiert.²⁵ Für 2022 und 2023 lagen zum Zeitpunkt dieser Auskunft noch keine Zahlen der OSZE/ODIHR vor.

Grossteil der Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen sind physische Angriffe. Ana Aptsiauri von *Equality Movement* gab der SFH an, dass bei Übergriffen gegen LGBTQI+-Personen normalerweise physische Gewalt zur Anwendung komme.²⁶ Laut OSZE/ODIHR waren im Jahr 2018 49 der 85 von der Polizei erfassten Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen physische Angriffe, gegenüber 21 Drohungen oder bedrohlichem Verhalten sowie 15 Vorfälle ohne spezifische Angaben durch die Polizei. Zudem wurden im Jahr 2018 24 physische Angriffe und 11 Drohungen gegen LGBTQI+ von weiteren Quellen dokumentiert. Im Jahr 2019 waren laut Polizeiangaben 65 der 133 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen physische Angriffe. Weiter wurden 34 Drohungen/bedrohliches Verhalten, sieben Sachbeschädigungen, ein Diebstahl oder Raub sowie 26 Hassverbrechen ohne spezifische Angaben durch die Polizei aufgeführt. Von weiteren Quellen wurden 21 physische Angriffe, sieben Drohungen und eine Sachbeschädigung gegen LGBTQI+ im Jahr 2019 dokumentiert. Im Jahr 2020 meldete die georgische Polizei OSZE/ODIHR exakt dieselben Zahlen wie im Vorjahr (65 physische Angriffe, 34 Drohungen, sieben Sachbeschädigungen, ein Diebstahl oder Raub sowie 26 Hassverbrechen ohne spezifische Angaben).²⁷ Von weiteren Quellen wurden 2020 zwölf physische Angriffe, acht Drohungen und sechs Sachbeschädigungen dokumentiert. Im Jahr 2021 waren nach Angaben der Polizei 56 der 106 Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen physische Angriffe. Weiter wurden ein Mord, 27 Drohungen, zwei Sachbeschädigungen und 23 Hassverbrechen ohne spezifische Angaben durch die Polizei aufgeführt. Weitere Quellen dokumentierten zudem 25 physische Angriffe, 13 Drohungen und eine Sachbeschädigung gegen LGBTQI+.²⁸ Für 2022 und 2023 lagen zum Zeitpunkt dieser Auskunft noch keine Zahlen der OSZE/ODIHR vor.

²² Ebenda, S. 12-13.

²³ Bei geschlechtsspezifischen Hassverbrechen handelt es sich laut ODIHR um Straftaten, die durch eine Voreingenommenheit gegenüber dem Geschlecht einer Person motiviert sind, was bedeutet, dass der Täter sein Ziel aufgrund des Geschlechts des Opfers auswählte oder während des gesamten Angriffs Feindseligkeit gegenüber dem Geschlecht zeigte. OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), Gender-based hate crime, ohne Datum (Zugriff am 1. September 2023): <https://hatecrime.osce.org/gender-based-hate-crime>.

²⁴ CoE-ECRI, ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 13.

²⁵ OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODIHR), Hate Crime Reporting, Georgia, ohne Datum (Zugriff am 13. Juli 2023): <https://hatecrime.osce.org/georgia?year=2021>.

²⁶ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

²⁷ Auf Anfrage der SFH an OSZE/ODIHR gab diese an, dass ein Fehler bei den identischen Zahlen für 2019 und 2020 vorliege. Leider war OSZE/ODIHR nicht in der Lage, der SFH innert nützlicher Frist die korrigierten Zahlen zu kommunizieren. Nach Angaben von OSZE/ODIHR werden die korrigierten Zahlen mit der neusten Statistik für 2022 im November 2023 publiziert. E-Mail-Auskunft von OSZE/ODIHR vom 6. September 2023.

²⁸ ODIHR, Hate Crime Reporting, Georgia, ohne Datum (Zugriff am 13. Juli 2023).

Umfragen zeigen hohe Rate an erlebter Gewalt. NGOs, die sich mit LGBTQI+-Themen befassen, führen ihre eigenen Statistiken über Hassverbrechen und -vorfälle. Eine Umfrage der *georgischen NGO Social Justice Center* aus dem Jahr 2020 zeigte, dass 52 Prozent von insgesamt 320 befragten LGBTQI+-Personen mindestens einmal in ihrem Leben Gewalt aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität erlebt haben. Die höchste Rate an erlebter Gewalt wurde unter schwulen (65,5 Prozent) und transsexuellen (61,8 Prozent) Befragten verzeichnet. Die Umfrage zeigte, dass 48 Prozent der Befragten in den letzten zwei Jahren psychische Gewalt und 29 Prozent schwere physische Gewalt (Todesdrohung, Schläge, andere Formen der Gewalt) erlebt hatten.²⁹ Eine Umfrage der georgischen NGO *Women's Initiatives Supporting Group* von 2020 zeigt, dass 73,5 Prozent von 155 befragten LGBTQI+-Personen in den zwei Jahren vor der Umfrage Opfer eines Hassverbrechens wurden. Davon waren 30 Prozent Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt oder Misshandlungen und knapp 70 Prozent erlebten psychische Gewalt.³⁰

Gewalt gegen LGBTQI+-Menschen von organisierten und radikalen Gruppen. Laut *Ana Aptsiauri* finden gewalttätige Übergriffe gegen LGBTQI+-Personen oft im öffentlichen Raum statt. Auch gibt es Fälle von Einzelpersonen, die LGBTQI+-Personen angreifen. Aber es gebe vor allem auch organisierte Gruppen. Nach Einschätzung von *Ana Aptsiauri* sind meistens radikale Gruppen für schwere Gewalt verantwortlich.³¹ Besonders alarmierend sind nach Angaben des *Büros des Ombudsmannes von Georgien* die Aktivitäten radikaler und gewalttätiger Gruppen in den letzten Jahren, deren Aktionen eine echte Bedrohung für das Leben und die Gesundheit der Mitglieder der LGBTQI+-Community darstellen.³² Nach Angaben von *Ana Aptsiauri* sei die russische Propaganda in Georgien sehr stark. Die LGBTQI+-Gemeinschaft sei dabei eines der «Ziele» dieser Propaganda. Pro-russische Gruppen greifen nach Einschätzung von *Ana Aptsiauri* LGBTQI+-Menschen in Georgien physisch an. Die Gruppen werden von Russland finanziell unterstützt. So hätten pro-russische Gruppen die Anti-LGBTQI+-Kundgebung im Juli 2021 organisiert. Die Gruppen seien sehr gut organisiert und wüssten genau, wen sie angreifen.³³

Gewalt bei Pride-Veranstaltungen. Eskalation im Jahr 2021. Drohungen und Angriffe gegen LGBTQI+-Personen geschehen laut ECRI insbesondere – aber nicht nur – im Zusammenhang mit LGBTQI+-Pride-Veranstaltungen.³⁴ Auch *Ana Aptsiauri von Equality Movement* wies darauf hin, dass die Gewalt rate vor und nach der «Pride Week» in der Regel höher sei.³⁵ Seit 2012 wurden diese Veranstaltungen wiederholt von ultrakonservativen und rechtsextremen Gruppen unterbrochen oder sie mussten von den Organisierenden abgesagt werden, weil es zu gewalttätigen Übergriffen und/oder ernsthaften Gewaltandrohungen seitens dieser

²⁹ Social Justice Center, Social Exclusion of LGBTQ Group in Georgia, 2020, S. 10-11; 47: https://socialjustice.org.ge/uploads/products/pdf/Social_Exclusion_of_LGBTQ_Group_1612128635.pdf.

³⁰ WISG, Impact of COVID-19 Pandemic on LGBT(Q)I Community in Georgia, 2022, S. 100-101: https://wisg.org/Data/docs/publications/research-study/WISG_Covid-impact-on-LGBTQI-community-EN.pdf.

³¹ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

³² Public Defender of Georgia, On the Situation of Protection of Human Rights and Freedoms in Georgia, 2020, Juli 2021, S. 161: <https://www.ombudsman.ge/res/docs/2021070814020446986.pdf>.

³³ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

³⁴ CoE-ECRI, ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 14.

³⁵ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

Gruppen kam.³⁶ Im Juli 2021 mündeten gross angelegte Gegendemonstrationen in Tiflis gegen den von den LGBTQI+-Pride-Koordinator*innen organisierten «Pride-Marsch» in massiver Gewalt³⁷ gegen Teilnehmende, Organisator*innen, Sympathisant*innen und Journalist*innen.³⁸ Der Marsch musste abgesagt werden und das Hauptquartier der Organisierenden wurde geplündert. LGBTQI+-Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidigende wurden bedroht und angegriffen. 55 Menschen, darunter 53 Journalist*innen und Kameraleute verschiedener Medien, die sich zur Berichterstattung über die Ereignisse versammelt hatten, wurden verletzt.³⁹

Beispiele von weiteren Angriffen und Übergriffen im Jahr 2022 und 2021. Im Mai 2022 griff laut *Human Rights Watch* eine Gruppe von etwa 30 Männern fünf Transgender-Frauen in ihrem Haus in Tiflis an. Die mit Steinen und Ziegeln bewaffneten Angreifer griffen die

³⁶ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 9, Paragraph 13.

³⁷ Radikale, ultrarechte, konservative und gewalttätige Gruppen in Georgien hatten bereits im Vorfeld der Veranstaltung begonnen, über soziale Netzwerke zu mobilisieren, öffentlich Hassreden gegen die organisierende NGO Tbilisi Pride zu verbreiten und zu Gewalt aufzurufen, auch über das Fernsehen. Obwohl Tbilisi Pride mit den Strafverfolgungsbehörden über die «Pride-Veranstaltung» am 5. Juli 2021 kommunizierte, brachte das Innenministerium keine angemessene Anzahl von Polizeikräften vor Ort und unternahm nichts, um zu verhindern, dass friedliche Proteste von Gegendemonstrierenden gestört wurden. Am Abend des 4. Juli 2021 begannen radikale und gewalttätige Gruppen, das Gebiet um Rustaveli, die Hauptverkehrsachse in Tiflis, zu besetzen und zu versuchen, den Organisierenden des «Pride-Marsches» den Raum zu nehmen und die Veranstaltung zu behindern. Am 5. Juli 2021 übernahmen Vertretende gewalttätiger Gruppen, darunter die Gruppe «Alt-Info» und die von ihnen organisierten Gruppen, den gesamten Bereich direkt vor dem Parlament. Besonders beunruhigend war, dass die Organisierenden der Gegendemonstration und Geistliche öffentlich Hassreden abgaben und zur Gewalt gegen Demonstrierende und Journalist*innen aufriefen. Diese Aufrufe zielten darauf ab, friedliche Demonstrierende zu vertreiben und zu physischer Gewalt anzustiften. Infolge der vororganisierten Gegendemonstrationen und der Aufrufe zur Gewalt verschlechterte sich die Situation an verschiedenen Orten entlang der Rustaveli Avenue im Vorfeld des «Pride-Marsches» und gipfelte in massiver Gewalt gegen Medienvertretende, die über die Gegendemonstration berichteten. Laut Beobachter*innen des Human Rights Center vor Ort war die Zahl der Polizeikräfte, die während der gewalttätigen Ereignisse vor Ort waren, äusserst gering. Die Polizei war häufig nicht in der Lage, Journalist*innen zu schützen, die von gewalttätigen Demonstrierenden schwer verprügelt wurden. Gewalttätige und homophobe Gruppen verübten auch einen Gruppenangriff auf die Büros der zivilgesellschaftlichen «Shame-Bewegung» und auf dasjenige von Tbilisi Pride. Infolgedessen erlitten Betroffene verschiedene Arten und Grade physischer und psychischer Verletzungen. Auch Büroinventar und anderes materielles Eigentum wurde beschädigt. Darüber hinaus wurden infolge der Massen- und Gruppengewalt 53 Journalist*innen und Kameraleute in unterschiedlichem Masse körperlich verletzt, verschiedene Gegenstände, die verschiedenen Personen gehörten, wurden beschädigt. Eines der Opfer wurde, nachdem es am 5. Juli schwere Verletzungen erlitten hatte, am 11. Juli 2021 tot in seiner Wohnung aufgefunden. Nach Einschätzung des Büros des Ombudsmannes war diese Gruppengewalt gegen LGBTQI+-Personen und Journalist*innen einer der schwersten und umfangreichsten organisierten Angriffe in der Geschichte Georgiens. Am 6. Juli 2021 brach erneut Gewalt aus, als sich Menschen vor dem georgischen Parlament versammelten, um LGBTQI+-Rechte und Journalist*innen zu unterstützen. Diese friedliche Versammlung wurde zum Ziel einer weiteren gewalttätigen Gegendemonstration, und die Zahl der Ordnungskräfte vor Ort war immer noch äusserst gering. Nachdem die friedlichen Demonstrierenden eine Fahne mit LGBTQI+-Symbolen entrollt hatten, spitzte sich die Lage erheblich zu. Die Teilnehmenden der Gegendemonstration begannen, verschiedene Gegenstände zu werfen, wodurch mehrere Mitglieder der friedlichen Versammlung verletzt wurden. Da die vor Ort eingesetzte Polizei mit der Masse der Gegendemonstrierenden überfordert war, konnte sie die friedlichen Pro-LGBTIQ+-Demonstrierenden über eine eigens errichtete Absperrung aus dem Versammlungsbereich evakuieren. Public Defender of Georgia, *The Rights of LGBT+ People in Georgia*, 2021, S. 27-28.

³⁸ CoE-ECRI, *ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle)*, 22. Juni 2023, S. 14-15.

³⁹ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 15.

Frauen und ihren Vermieter an, beschädigten ihr Haus und sprachen Morddrohungen aus.⁴⁰ Ebenfalls im Juni 2022 griffen nach Angaben des *US Department of State* (USDOS) etwa 20 Männer mehrere Transgender-Frauen auf der Tamar Mepe Avenue in Tiflis an, wobei zwei Personen verletzt wurden. Das Innenministerium leitete eine Untersuchung ein. Im Oktober 2022 tötete eine Person eine ausländische Transgender-Frau in Tiflis und verletzte eine weitere Transgender-Frau. Die Polizei nahm den Beschuldigten fest und leitete eine Morduntersuchung ein.⁴¹ Neben der Gewalteskalation rund um den Pride-Anlass im Juli 2021 wurden noch weitere Übergriffe dokumentiert. USDOS berichtete beispielsweise, dass am 30. April 2021 ein 17-jähriges Transgender-Mädchen von zwei unbekannten Verdächtigen angegriffen wurde, die sie schlugen, ihr Handy zertrümmerten und transphobische Rhetorik verwendeten. Am 1. Mai 2021 wurden zwei Personen für dieses Verbrechen angeklagt und vom Gericht im Verhältnis zur Schwere dieses Gewaltverbrechens gegen eine relativ niedrige Kautionsfreigelassen. Am 31. Oktober 2021 betrat ein Mann einen Massagesalon in Tiflis und griff zwei Transgender-Frauen mit einem Messer an, wobei er eine von ihnen tötete und die andere verletzte. Der Verdächtige wurde verhaftet und wegen vorsätzlichen Mordes angeklagt. Die Generalstaatsanwaltschaft erklärte, der Verdächtige habe «Transgender-Personen aufgrund von Intoleranz gegenüber der Geschlechtsidentität töten wollen». Am 20. April 2021 griff ein Mann ein lesbisches Ehepaar vor den Augen ihres Kindes vor ihrem Haus in Tiflis an. Der Angreifer, ein Nachbar, beschimpfte die beiden und forderte sie auf, das Haus zu verlassen. Der Angreifer spuckte sie dann an, beleidigte sie weiter homophob und bedrohte das Paar mit einem Messer. Die Polizei verhaftete den Mann, der am 23. April 2021 gegen Kautionsfreigelassen wurde und in das gemeinsame Wohnhaus zurückkehren durfte. LGBTQI+-Aktivist*innen bezeichneten den Fall als ein Beispiel dafür, dass die Regierung LGBTQI+-Hassverbrechen nicht ernst nehme.⁴²

Angriffe auch gegen Pride-Festival im Jahr 2023. Im Juli 2023 wurde das Pride-Festival in Tiflis durch gewaltsame Angriffe von rechtsextremen Gruppen gestört und musste in der Folge abgebrochen werden.⁴³ Die Organisator*innen warfen der Polizei vor, nicht ausreichend für ihre Sicherheit gesorgt zu haben.⁴⁴ Seit den brutalen homophoben Pogromen im Jahr 2021 hatte es keinen Versuch gegeben, öffentliche Pro-LGBTQI+-Veranstaltungen durchzuführen, und die Veranstaltungen fanden in geschlossenem Rahmen statt. Bereits im Vorfeld der Veranstaltung im Jahr 2023 hatten verschiedene konservative Gruppen angekündigt, diese zu stören. Auch Politiker äusserten sich gegen die Pride-Veranstaltung. Die georgische Öffentlichkeit «werde auf friedliche Weise alles tun, um diese Ausschweifung zu verhindern, diesen Versuch, ein massives Sodom und Gomorra zu organisieren», erklärte demnach Vato Shakarashvili, ein konservativer Politiker, der der Regierungspartei nahesteht, auf einer Informationsveranstaltung am 6. Juli 2023.⁴⁵

⁴⁰ Human Rights Watch (HRW), World Report 2023 - Georgia, 12. Januar 2023: <https://www.hrw.org/world-report/2023/country-chapters/georgia>.

⁴¹ US Department of State (USDOS), 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

⁴² USDOS, 2021 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 12. April 2022: <https://www.state.gov/reports/2021-country-reports-on-human-rights-practices/georgia/>.

⁴³ CNN, Tbilisi Pride festival canceled after violent anti-LGBTQ protests, 8. Juli 2023: <https://edition.cnn.com/2023/07/08/europe/tbilisi-georgia-anti-lgbtq-pride-festival-intl/index.html>.

⁴⁴ EurasiaNet, Anti-gay violence goes unpunished in Georgia, again, 12. Juli 2023 <https://www.ecoi.net/de/dokument/2095033.html>.

⁴⁵ EurasiaNet, Pride Week marked in Georgia as government escalates homophobia, 7. Juli 2023.

4.2 Risikoprofile

Sichtbare Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft werden eher Opfer von Hassverbrechen. Teilnehmende der im Auftrag von *UN Women* von der *georgischen Women's Initiative Supporting Group* durchgeführten qualitativen Studie wiesen darauf hin, dass Transgender-Personen und Personen, die sich geschlechtsuntypisch verhalten, die sichtbarsten Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft seien und eher Opfer von Hassverbrechen und Diskriminierung werden. Das liege daran, dass ihre Geschlechtsidentität sichtbarer sei und sie aus den Geschlechternormen herausfallen. Auch Transfrauen erleben aus diesem Grund häufig ein erzwungenes Outing.⁴⁶ In einem Interview mit *Cedoca* gab die georgische NGO *Equality Movement* im Oktober 2022 an, dass das Risiko, im Alltag homophoben Handlungen ausgesetzt zu sein, davon abhängen, wo eine Person lebt und wie sie ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ausdrücke. Dabei spiele vor allem die Sichtbarkeit eine Rolle, zum Beispiel, wenn Männer sich sehr weiblich verhalten oder Ohrringe tragen würden sowie Transfrauen. Mit homophoben Handlungen meint *Equality Movement* verbale, physische und/oder psychische Gewalt. Alle Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft hätten eine solche Erfahrung gemacht. *Equality Movement* stelle fest, dass verbale Belästigungen im täglichen Leben üblich seien, insbesondere in öffentlichen Verkehrsmitteln, aber in der Regel nicht in physische Gewalt umschlagen, da die Polizei in solchen Situationen eingreife. Hassreden hingegen seien nicht strafbar.⁴⁷ Nach Einschätzung von *Tbilisi Pride* gegenüber *Cedoca* sei es nicht der Fall, dass sich queere Menschen überhaupt nicht in der Öffentlichkeit zeigen könnten, aber es sei so, dass es für Transpersonen immer schwierig sei, sich in der Öffentlichkeit zu bewegen, vor allem tagsüber. *Tbilisi Pride* erklärte, dass die georgisch-orthodoxe Kirche strenge geschlechtsspezifische und patriarchalische Normen darüber habe, wie eine Person aussehen und sich verhalten sollte. Ein weiblicher Mann, eine männliche Frau, ein Transmann oder eine Transfrau seien daher auf der Strasse, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in der Familie oder in einer Beziehung stärker einem Risiko von Aggressionen ausgesetzt. Verbale Gewalt kommt laut *Tbilisi Pride* vor allem dann vor, wenn das Thema Schwulen- oder Transsexualität aktuell sei. Wenn das Thema weniger aktuell sei, gebe es weniger Aggressionen an öffentlichen Orten.⁴⁸

Gewalt durch Familienmitglieder. Die grössten Probleme für LGBTQI+-Personen finden laut den Angaben von *Tbilisi Pride* vom Oktober 2022 im familiären Kontext statt, wo sie häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Diese Gewalt sei meist verbal, manchmal aber auch physisch.⁴⁹ Auch *Ana Aptsiauri* wies bei der Frage nach besonders vulnerablen Gruppen auf Gewalt im häuslichen Rahmen hin. Dort seien LGBTQI+-Personen oft am meisten betroffen. Weibliche junge Männer, Transfrauen, queere Frauen seien so beispielsweise dem Risiko häuslicher Gewalt ausgesetzt.⁵⁰ Eine Todesdrohung von Familienmitgliedern sei eine «ernste Situation». Solche Drohungen werden nach Angaben von *Equality Movement* häufig geäussert.⁵¹ Laut einer Studie von *Equality Movement* aus dem Jahr 2022 sind LGBTQI+-Menschen in einer homophoben Familie gezwungen, mit bestimmten Einschränkungen zu leben, damit die Informationen

⁴⁶ WISG, *From Prejudice to Equality, Study of societal attitudes, knowledge and information regarding the LGBTQI communities and their rights in Georgia*, 2023, S. 16.

⁴⁷ CGRS-CEDOCA, *Georgië: Algemene situatie*, 16. Januar 2023, S. 64.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁵¹ CGRS-CEDOCA, *Georgië: Algemene situatie*, 16. Januar 2023, S. 65.

über ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität nicht zu ihren Familien gelangen. Einige von ihnen hätten «komplizierte Beziehungen» zu ihren Familienmitgliedern. Betroffene seien teilweise psychischer und physischer Gewalt von Familienmitgliedern ausgesetzt und aus der Wohnung verstoßen oder damit bedroht worden. Dementsprechend sei Obdachlosigkeit ein weit verbreitetes Problem in der LGBTQI+-Gemeinschaft, insbesondere unter Transgender-Menschen.⁵² Auch wenn betroffene LGBTQI+-Personen von ihrer Familie in die Hauptstadt Tiflis wegziehen, könne es nach Angaben von *Tbilisi Pride* gegenüber *Cedoca* sein, dass die Belästigungen durch die Familie weiter anhalten würden. Familienangehörige drängen Betroffene beispielsweise, ihr Verhalten zu ändern und nach Hause zurückzukehren. Laut *Tbilisi Pride* sei es zwar nicht üblich, dass LGBTQI+-Personen in Tiflis von ihren Familien verfolgt werden, aber es könne vorkommen.⁵³ *Equality Movement* gab *Cedoca* an, dass es schwierig sei, in Georgien völlig getrennt von der Familie zu leben. Es bestehe immer die Möglichkeit, dass eine Person auch in der Hauptstadt auf Verwandte trifft oder dass Verwandte Informationen über die gesuchte Person herausfinden. Wenn jemand die Absicht habe, jemand anderem zu schaden, sei kein Ort sicher. *Equality Movement* habe Kenntnis von fünf bis zehn Fällen, in denen LGBTQI+-Personen von ihren Verwandten verfolgt wurden. In diesen, *Equality Movement* bekannten, Fällen sei am Ende nichts Ernstes passiert. Die Familien hätten oft Angst, dass andere herausfinden, dass ihr Verwandter schwul ist, und wollten nicht, dass dies bekannt wird. *Equality Movement* wies *Cedoca* in diesem Zusammenhang auf das Beispiel eines Jungen hin, der ermordet wurde. Die Familie wollte nicht, dass dieses Verbrechen als Hassverbrechen registriert wird, weil dann die sexuelle Orientierung ihres Sohnes bekannt werden würde.⁵⁴

Transpersonen sind besonders gefährdet. Sowohl *Equality Movement* als auch *Tbilisi Pride* geben laut *Cedoca* an, dass Transpersonen am häufigsten zur Zielscheibe von Gewalt werden und am meisten gefährdet sind.⁵⁵ Transfrauen sehen sich auf dem Arbeitsmarkt mit den grössten Hindernissen konfrontiert und landen daher am häufigsten in der Sexarbeit.⁵⁶ Laut *Ana Aptsiauri* von *Equality Movement* werden viele Transkinder oder Transfrauen zu Sexarbeiter*innen und beginnen teilweise bereits mit 15 oder 16 Jahren mit dieser Arbeit.⁵⁷ Im Rahmen dieser Tätigkeit seien sie noch mehr dem Risiko von Gewalt ausgesetzt.⁵⁸

Armut erhöht Risiko von Übergriffen. Ein Teil der LGBTQI+-Personen scheint wirtschaftlich vulnerabler zu sein, was gleichzeitig das Risiko von gewalttätigen Übergriffen erhöht. Die Studie von *Equality Movement* aus dem Jahr 2022 zeigt auf, dass ein Teil der LGBTQI+-Menschen auf dem Arbeitsmarkt wegen ihres Geschlechtsausdrucks, ihres Aussehens oder ihres Kleidungsstils oft mit Problemen konfrontiert ist. Es gebe häufig Fälle, in denen LGBTQI+-Menschen aufgrund homophober Einstellungen ihre Arbeit aufgeben mussten.⁵⁹

⁵² Lika Jalaghania, Equality Movement, A Research on Social and Economic Needs of LGBTQI Community in Georgia, August 2022, S. 8: https://equality.ge/wp-content/uploads/2022/08/LGBT_ENG_New.pdf

⁵³ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 65.

⁵⁴ Ebenda, S. 65-66.

⁵⁵ Ebenda, S. 64.

⁵⁶ Lika Jalaghania, Equality Movement, A Research on Social and Economic Needs of LGBTQI Community in Georgia, August 2022, S. 7.

⁵⁷ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁵⁸ Ebenda; Lika Jalaghania, Equality Movement, A Research on Social and Economic Needs of LGBTQI Community in Georgia, August 2022, S. 7.

⁵⁹ Lika Jalaghania, Equality Movement, A Research on Social and Economic Needs of LGBTQI Community in Georgia, August 2022, S. 7.

Queere Menschen seien oft von der wirtschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen.⁶⁰ Mitglieder der LGBTQI+-Gemeinschaft sind laut Angaben von *Equality Movement* gegenüber *Cedoca* häufig im Unterhaltungs- und Gaststättengewerbe beschäftigt. Als alle Gastgewerbebetriebe schliessen mussten, um die Ausbreitung der Corona-Pandemie zu bekämpfen, verloren viele ihre Lebensgrundlage. Transfrauen, die hauptsächlich in der Sexarbeit tätig waren, landeten daraufhin oft auf der Strasse, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen konnten.⁶¹ *Ana Aptsiauri* betonte gegenüber der SFH, dass Armut das Risiko für LGBTQI+-Menschen verstärke, gewalttätige Übergriffe zu erleben.⁶²

Für Mitglieder gewisser ethnischer Minderheitengruppen ist es «absolut unmöglich», schwul zu sein. *Ana Aptsiauri* von *Equality Movement* gab gegenüber der SFH an, dass ethnische Minderheitengruppen eher in abgelegenen Zentren leben würden. Die Mitglieder der aserbeidschanischen Minderheit seien zum Beispiel grossmehrheitlich muslimische Religionsangehörige. Innerhalb dieser Gruppe sei es nach Ansicht von *Ana Aptsiauri* «absolut unmöglich», schwul zu sein. Das «Coming Out» in solchen Gemeinschaften sei sehr schwierig. Allerdings sei es aufgrund des begrenzten Zugangs der NGO zu diesen ethnischen Minderheiten schwierig einzuschätzen, wie problematisch die Situation für Betroffene sei.⁶³

Religionsangehörige der orthodoxen Kirche: Kirche positioniert sich öffentlich gegen LGBTI. Was LGBTQI+-Menschen mit einer Religionsangehörigkeit der orthodoxen Kirche angehe, gab *Ana Aptsiauri* der SFH an, dass die orthodoxe Kirche in dieser Hinsicht in Georgien eine «sehr schädliche Organisation» sei. Das Kirchenoberhaupt, der «Patriarch», habe eine Anti-LGBTQI+-Kampagne gestartet. Jedes Jahr werde der «Familientag», eine Anti-LGBTQI+-Veranstaltung, gefeiert. Die Kirche rufe zudem ihre Mitglieder auf, sich Anti-LGBTQI+-Gruppen anzuschliessen.⁶⁴

Angriffe und Drohungen gegen LGBTQI+-Aktivist*innen. Bekannte Aktivist*innen vermutlich sicherer. Gegenüber *Cedoca* gab *Equality Movement* an, dass zahlreiche LGBTQI+-Aktivist*innen verbal angegriffen worden sind und Todesdrohungen erhalten hätten. Aktivist*innen erhielten zudem in der Regel Drohungen in den sozialen Medien. Todesdrohungen können in Georgien laut *Equality Movement* ernst sein. In diesen Fällen habe die Polizei zwar Ermittlungen eingeleitet, aber die Täter*innen seien nie bestraft worden. Aktivist*innen, die offen schwul seien, fühlten sich aufgrund ihres Status und ihres Zugangs zu Ressourcen in diesem Gebiet sicherer.⁶⁵ Nach Einschätzung von *Ana Aptsiauri* sind insbesondere Aktivist*innen, welche öffentlich bekannt sind, vermutlich sicherer vor gewalttätigen Angriffen.⁶⁶ Laut *Tbilisi Pride* erhalten Aktivist*innen regelmässig Todesdrohungen im Vorfeld von LGBTQI+-Veranstaltungen. Diese Drohungen kommen nach Einschätzung von *Tbilisi Pride* von rechts-extremen Gruppen oder dem staatlichen Sicherheitsdienst und dienen oft der Einschüchterung, um beispielsweise sicherzustellen, dass eine Veranstaltung abgesagt wird. Solche Drohungen stellten laut *Tbilisi Pride* normalerweise keine wirkliche Gefahr dar. Gefährlich könne es jedoch werden, wenn an einem überfüllten Ort Gewalt ausbricht und die Situation nicht unter Kontrolle sei, wie beispielsweise bei den gewalttätigen Angriffen beim «Pride-Marsch»

⁶⁰ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁶¹ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 63.

⁶² Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Ebenda.

⁶⁵ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 65.

⁶⁶ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

im Juli 2021.⁶⁷ *EurasiaNet* wies ebenfalls darauf hin, dass bei den Angriffen auf LGBTQI+-Veranstaltungen LGBTQI+-Aktivist*innen im Fokus der gewalttätigen Angriffe stehen.⁶⁸ Zudem gab *Ana Aptsiauri* zu bedenken, dass Aktivist*innen mit staatlichen Sicherheitsdiensten konfrontiert seien, die alle möglichen Informationen über ihre Tätigkeit sammeln. NGOs, die Dienstleistungen für LGBTQI+-Personen anbieten, hätten sehr sensible Daten und es sei sehr problematisch, wenn staatliche Sicherheitsdienste dazu Zugang erhielten.⁶⁹

4.3 Stadt-Land-Unterschiede

Hassverbrechen sowohl auf dem Land als in der Stadt. Laut *Equality Movement* kommen Hassverbrechen sowohl in Tiflis als auch in den ländlichen Regionen vor. Die Zahl der Hassverbrechen sei in der Hauptstadt höher.⁷⁰ Neben der Hauptstadt gibt es laut *Ana Aptsiauri* von *Equality Movement* auch in den zweit- und drittgrössten Städten mehr dokumentierte Fälle als in den anderen Regionen. Allerdings sei dabei zu beachten, dass in diesen Orten die Fälle viel häufiger gemeldet werden. Schliesslich sei bei den Unterschieden auch zu beachten, dass die Bevölkerungsstruktur in Georgien entsprechend sei. Zirka ein Drittel der Bevölkerung lebe in Tiflis und ein weiterer Drittel in anderen Verwaltungszentren und Städten. Georgien sei ein sehr zentralisiertes Land. Wenn eine Person studieren wolle, müsse sie nach Tiflis ziehen. Nur wenige LGBTQI+-Personen lebten dementsprechend in ländlichen Gebieten. In einem Dorf könne man sich nicht outen oder andere LGBTQI+-Menschen treffen.⁷¹ In den ländlichen Regionen würden die meisten Betroffenen ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität verborgen halten, um Gewalt zu vermeiden. Auch würden sie oft nach Tiflis ziehen, wo es mehr Beschäftigungsmöglichkeiten gebe, oder sie würden dorthin vertrieben. Vor allem Transmädchen und -frauen hätten in diesem Bereich die meisten Probleme, da sie oft als Teenager ihre Familien verlassen, die Schule abbrechen und in der Sexarbeit landen, wo sie auf der Strasse Gewalt ausgesetzt seien. Auch in den öffentlichen Verkehrsmitteln seien sie häufiger von Gewalt betroffen. An sogenannten «sicheren Orten» wie Cafés, Bars und Nachtclubs sowie in Kunstgalerien und einigen Universitäten sei die Situation besser.⁷² *Ana Aptsiauri* betonte, dass die NGO *Equality Movement* nur in Tiflis Rechtsberatung anbiete, und es ihnen entsprechend nicht bekannt sei, ob die Menschen dort tatsächlich mehr von Hassverbrechen betroffen seien, als in anderen Regionen des Landes.⁷³

5 Staatlicher Schutz

5.1 Gesetzliche Lage

Gleichgeschlechtlicher Sex wird nicht kriminalisiert. Einvernehmliche gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen werden weder für Männer noch für Frauen kriminalisiert.⁷⁴

⁶⁷ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 64-65.

⁶⁸ *EurasiaNet*, Anti-gay violence goes unpunished in Georgia, again, 12. Juli 2023.

⁶⁹ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von *Equality Movement*.

⁷⁰ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 64-65.

⁷¹ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von *Equality Movement*.

⁷² CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 64-65.

⁷³ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von *Equality Movement*.

⁷⁴ USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

Antidiskriminierungsgesetz und Homophobie als erschwerender Umstand. Georgien verfügt nach Angaben der *Kommissarin für Menschenrechte des Europarates Dunja Mijatović* über einen gut entwickelten Rechtsrahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung, der auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität und des Geschlechtsausdrucks (Sexual Orientation, Gender Identity, and Gender Expression (SOGIE)) abdeckt. Der Grundsatz der Gleichstellung ist in Artikel 11 der georgischen Verfassung verankert. Obwohl der Verfassungsartikel die sexuelle Ausrichtung und die Geschlechtsidentität nicht ausdrücklich unter den verbotenen Diskriminierungsgründen aufführt, entschied das georgische Verfassungsgericht 2008, dass die Liste der geschützten Rechtsgüter nicht erschöpfend ist, und 2014, dass diese so auszulegen sind, dass sie neben anderen auch die sexuelle Ausrichtung einschliessen. Das Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung wurde 2006 in das Arbeitsgesetz (Artikel 2) aufgenommen, und dieser Schutz wurde 2013 auf vorvertragliche Beziehungen ausgedehnt. Im Jahr 2012 wurden die sexuelle Ausrichtung und die Geschlechtsidentität unter anderem als Diskriminierungsgrund und als erschwerender Umstand in das Strafgesetz aufgenommen. Im selben Jahr wurde das Verbot der Ausstrahlung von Sendungen, die eine Person oder eine Gruppe unter anderem aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung erniedrigen oder diffamieren, in das Rundfunkgesetz aufgenommen (Artikel 56). Darüber hinaus wurden 2014 SOGIE als verbotene Diskriminierungsgründe in das Gesetz zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung aufgenommen (Artikel 1) und das Strafgesetz wurde geändert, um die Verletzung der Gleichstellung in eine nicht erschöpfende Liste geschützter Rechtsgüter aufzunehmen, die mit einer Strafe von bis zu zwei Jahren geahndet wird (Artikel 142). Schliesslich wurde 2015 das Verbot der Aufstachelung zur Gewalt mit einer nicht erschöpfenden Liste von geschützten Rechtsgütern in das Strafgesetz aufgenommen (Artikel 239(1)).⁷⁵ Zusätzlich zum Verbot der Aufstachelung zur Gewalt nach Strafgesetz verbietet Artikel 2 Absatz 5 des Gesetzes zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung die Aufstachelung zur Diskriminierung. Diese Bestimmung gilt für Fälle, in denen Hassreden nicht den Anforderungen an die Strafbarkeit genügen.⁷⁶

Unfreiwillige oder zwanghafte medizinische oder psychiatrische Praktiken, die speziell auf LGBTQI+ Personen abzielen, sind nicht verboten. Sogenannte «Konversionstherapien» sind nicht verboten. Laut *Tbilisi Pride* gab es mehrere Fälle, in denen Eltern ihre Kinder zu einer psychiatrischen Fachkraft brachten, um zu versuchen, die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität oder den -ausdruck des Kindes zu ändern.⁷⁷

5.2 Umsetzung

Massnahmen der Behörden sind nicht ausreichend. Das *Büro des Ombudsmannes von Georgien* berichtete, dass Gewalt gegen LGBTQI+-Personen, sei es in der Familie oder im öffentlichen Raum, ein ernstes Problem sei und dass die Massnahmen der Behörden nicht ausreichten, um auf diese Herausforderung zu reagieren.⁷⁸

⁷⁵ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 8, Paragraph 7 und 8.

⁷⁶ Ebenda, S. 12, Paragraph 23.

⁷⁷ USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

⁷⁸ USDOS, 2021 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 12. April 2022.

Anhaltende Straflosigkeit. Das Versäumnis, schwere Menschenrechtsverletzungen gegen LGBTQI+-Personen und -Aktivist*innen zur Rechenschaft zu ziehen, ist ein sich wiederholendes Menschenrechtsproblem in Georgien.⁷⁹ Wie bereits erwähnt, macht das Gesetz das Handeln auf der Grundlage von Vorurteilen aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität einer Person zu einem erschwerenden Faktor für alle Straftaten. Laut USDOS setzen die Behörden dieses Gesetz jedoch nur selten durch.⁸⁰ Auch *Tbilisi Pride* weist darauf hin, dass die Behörden bei der Ermittlung und Strafverfolgung von LGBTQI+-Hassdelikten dazu neigen, Voreingenommenheit als erschwerendes Motiv zu ignorieren (Artikel 53 (1) des georgischen Strafgesetzbuchs).⁸¹ Der Staat versäumt es, diejenigen zu verfolgen und zu bestrafen, die Gewalt gegen LGBTQI+-Personen androhen oder ausüben.⁸² *Dunja Mijatović* betont, dass die Straflosigkeit von Täter*innen und insbesondere der Organisierenden der Gewalt das Problem der Gewalt gegen LGBTQI+-Personen zusätzlich verschärft. Diese anhaltende Straflosigkeit verstärke voreingenommene und hasserfüllte Haltungen in bestimmten Teilen der georgischen Gesellschaft. Die Straffreiheit habe auch zum beispiellosen Aufstieg von gut organisierten und finanzstarken ultrakonservativen und rechtsextremen Gruppen mit einer Anti-LGBTQI+-, Anti-Gender- und Anti-Minderheiten-Agenda beigetragen, deren Mitglieder an Gewalttaten beteiligt sind.⁸³ Laut einem Bericht von *Eurasian Coalition on Health, Rights, Gender and Sexual Diversity, Equality Movement and Tbilisi Pride* (ECOM) vom Mai 2022 bestehe auch ein Problem bei der Angemessenheit und Verhältnismässigkeit der Strafen, denn es gebe Beispiele dafür, dass Gewalttäter*innen gegen LGBTQI+-Menschen mit einer geringen Geldstrafe davonkommen.⁸⁴

Bestimmungen zu Hassrede gegen LGBTQI+-Menschen werden nur selten angewandt. Auch die Bestimmungen zu Hassrede gegen LGBTQI+-Menschen werden laut *Dunja Mijatović* in der Praxis nur selten angewandt. So hat zum Beispiel ein Fernsehsender, der für die Verbreitung frauenfeindlicher, minderheitenfeindlicher, homophober und anderer diskriminierender Botschaften berüchtigt ist, im September 2021 von der georgischen «Nationalen Kommunikationskommission» eine Genehmigung für landesweite Sendungen erhalten. Darüber hinaus haben Personen, die mutmasslich an der Aufstachelung zum Hass und an gewalttätigen Angriffen während der Ereignisse in den Jahren 2019 und 2021 beteiligt waren, im Dezember 2021 offiziell eine politische Partei gegründet. Als politische Partei haben diese Personen Zugang zu öffentlichen Geldern und die Möglichkeit, ihre Präsenz in den Mainstream-Medien, einschliesslich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, zu erhöhen, sofern die einschlägigen Bestimmungen des Rundfunkgesetzes, die solche Äusserungen verbieten, nicht rigoros angewandt werden.⁸⁵

⁷⁹ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 16

⁸⁰ USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

⁸¹ Tbilisi Pride, Human Rights Violations against Lesbian, Bisexual, and Transgender Women in Georgia, August 2022, S.4: https://tbinternet.ohchr.org/_layouts/15/TreatyBodyExternal/DownloadDraft.aspx?key=O90nI6yyRdZ8GMFUzhgnmVG-SaJSGZyriYQ5Zdx0rARH96FHBGbr7Me+ZuAGt/Uyf8xJSRqN4UOrXbltg3D/0JQ==.

⁸² USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

⁸³ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 9, Paragraph 12.

⁸⁴ Eurasian Coalition on Health, Rights, Gender and Sexual Diversity / Equality Movement / Tbilisi Pride (ECOM), Human Rights Violations Based on Sexual Orientation and Gender Identity in Georgia, Mai 2022, S. 7: https://equality.ge/wp-content/uploads/2022/07/INT_CCPR_CSS_GEO_48904_E.pdf.

⁸⁵ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 12, Paragraph 23.

Behörden verschlimmern durch Tatenlosigkeit gewalttätige Übergriffe gegen LGBTQI+-Veranstaltungen. Keine Strafverfolgung gegen Organisierende der Gewaltexzesse bei Pride-Veranstaltungen. Die gewalttätigen Übergriffe ultrakonservativer und rechtsextremer Gruppen auf Teilnehmende von Veranstaltungen im Rahmen des jährlichen Internationalen Tages gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOBIT) und der Pride-Veranstaltungen werden laut *Dunja Mijatović* nach wie vor nicht angegangen. Seit 2012 wurden diese Veranstaltungen wiederholt von diesen Gruppen unterbrochen oder mussten wegen Gewalt abgesagt werden. Die Tatsache, dass die Behörden in diesem Zusammenhang nicht für Sicherheit und Schutz sorgen, verschlimmert diese Angriffe noch.⁸⁶ *Dunja Mijatović* wies in diesem Zusammenhang auf wichtige Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hin, welche die Untätigkeit von Polizeikräften bei massiven Gewaltakten gegen Teilnehmende an LGBTQI+-Veranstaltungen in den Jahren 2012 und 2013 feststellte.⁸⁷ Laut EGMR gab es Hinweise auf behördliche Duldung, Mitwisserschaft und sogar aktive Beteiligung einzelner Polizeikräfte an den Übergriffen. Das beispiellose Ausmass der Gewalt im Jahr 2013 sei durch das Versäumnis der Behörden beeinflusst worden, eine rechtzeitige und objektive Untersuchung ähnlicher Angriffe auf die LGBTQI+-Gemeinschaft während der Veranstaltung im Jahr 2012 durchzuführen.⁸⁸ Auch in den Jahren 2019 und 2021 kam es zu Ereignissen, die laut *Dunja Mijatović* in vielerlei Hinsicht denen von 2012 und 2013 ähnelten. Das Versäumnis der Behörden, diejenigen zu bestrafen, die zu Hass und Gewalt gegen LGBTQI+-Aktivist*innen und -Unterstützende aufriefen, die an der Organisation des «Pride-Marsch» 2019 beteiligt waren, trug zu einem Gefühl der Straffreiheit bei und führte zu bösartigen Angriffen und anderen Gewalttaten, die von ultrakonservativen und rechtsextremen Gruppen im Juli 2021 verübt wurden.⁸⁹ Die Angriffe von 2021 wurden gefilmt und trotzdem wurden nur wenige Personen strafrechtlich verfolgt.⁹⁰ Im Juli 2022 verurteilte das Stadtgericht von Tiflis drei Personen zu einer Geldstrafe, weil sie die Büros von Tbilisi Pride, während der massiven Anti-LGBTQI+-Angriffe im Juli 2021 gestürmt hatten. Das Gericht sprach die Angeklagten in den schwereren Anklagepunkten der Verfolgung und der organisierten Gruppengewalt frei. Insgesamt hatte die Polizei laut *Human Rights Watch* 31 Personen wegen der Gewalttaten festgenommen. Die Gerichte verurteilten 26 Personen wegen Gewalt gegen Journalist*innen zu Haftstrafen.⁹¹ Das *Europäische Parlament* berichtete, dass im April 2022

⁸⁶ Ebenda, S.9, Paragraph 13.

⁸⁷ In einem Urteil («*Identoba and Others v. Georgia*») aus dem Jahr 2015 hatte der EGMR entschieden, dass die georgischen Behörden die friedliche Durchführung der Pride-Veranstaltung im Jahr 2012 nicht gewährleisteten, weil sie nicht genügend gegen homophobe und gewalttätige Gegendemonstrierende vorgingen. In einem weiteren Urteil («*Women's Initiatives Supporting Group and Others v. Georgia*») aus dem Jahr 2021 entschied der EGMR, dass die Behörden den Schutz der Teilnehmenden an der IDAHOBIT-Veranstaltung im Jahr 2013 nicht als Priorität angesehen hatten. Die Veranstaltung wurde damals von einem gewalttätigen Mob von mehreren tausend Personen angegriffen. Ebenda, Paragraph 14; Ketevan Rogava, *The Role of The Georgian Orthodox Church in Resistance to LGBTQ Equality: Examining Discourses and Geopolitical Implications*, 2023, S. 27-28: <https://munin.uit.no/bitstream/handle/10037/29551/thesis.pdf>.

⁸⁸ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe *Dunja Mijatović*; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 9, Paragraph 14.

⁸⁹ Ebenda, S. 10, Paragraph 15.

⁹⁰ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁹¹ HRW, World Report 2023 - Georgia, 12. Januar 2023.

sechs Täter der Gewalt im Jahr 2021 zu einer Höchststrafe von fünf Jahren verurteilt wurden.⁹² Bisher wurde jedoch niemand für die Organisation und Leitung der Gewalttaten strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen.⁹³ Im Dezember 2022 erklärte das *Büro des Ombudsmanns von Georgien*, die Untersuchung der Gewalttaten vom Juli 2021 sei nicht gründlich oder rechtzeitig erfolgt. Einige der Urteile in den vor Gericht gebrachten Fällen seien zudem trotz ähnlicher Beweise widersprüchlich gewesen. Dem *Büro des Ombudsmanns von Georgien* zufolge hat die Staatsanwaltschaft auch die Fälle von Verletzungen des Rechts auf Eigentum ignoriert und keine entsprechenden Anklagen erhoben.⁹⁴

Gemeinsame Werte der rechtsradikalen Gruppen und wichtiger Regierungskräfte als mögliche Ursache für ineffektive Untersuchungen von Hassverbrechen gegen LGBTIQ+.

Ein Bericht des *Social Justice Center* vom November 2022 kritisierte die Reaktion der Regierung auf die jüngsten Gewalttaten gegen LGBTIQ+-Personen. Der Bericht wies insbesondere auf ineffektive Untersuchungen von Hassverbrechen hin, die von rechtsextremen Gruppen begangen wurden, sowie auf institutionelle Lücken, die den Schutz der Rechte von LGBTIQ+-Personen behinderten. Der Bericht führte diese Mängel auf gemeinsame Werte von wichtigen Regierungsbeamt*innen und rechtsradikalen Gruppen wie «Alt-Info» und der «Konservativen Bewegung» zurück.⁹⁵ *Ana Aptsiauri von Equality Movement* gab der SFH ebenfalls an, dass die georgische Regierung nach den Ereignissen von 2021 klargestellt hat, dass diese gewalttätigen Gruppen ihre Verbündeten sind. Die Angreifenden wurden so als politische Gruppe registriert.⁹⁶ Auch *Dunja Mijatović* betont, dass öffentliche Äusserungen bestimmter Politiker*innen und Regierungsbeamt*innen während der Ereignisse im Juli 2021 den Anti-LGBTQI+-Aktivitäten ultrakonservativer Gruppen Legitimität verliehen haben.⁹⁷

Diskrepanz zwischen offiziellen Daten zu Strafverfolgungen und den von NGOs dokumentierten Vorfälle.

Nach Informationen, die der *Kommissarin für Menschenrechte des Europarates Dunja Mijatović* von Organisationen der Zivilgesellschaft zur Verfügung gestellt wurden, besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der Zahl der von der Staatsanwaltschaft und dem Innenministerium dokumentierten Strafverfolgungen zu Anti-LGBTQI+-Hassverbrechen und der Zahl der von Organisationen, die sich für die Rechte von LGBTQI+-Personen einsetzen, dokumentierten Fälle von Anti-LGBTQI+-Übergriffen. So waren laut einer Studie, die 2020 unter LGBTQI+-Personen in Georgien durchgeführt wurde, 73,5 Prozent von 155 Befragten im Zeitraum zwischen 2018 und 2020 Opfer von hassmotivierten Straftaten oder ähnlichen Vorfällen gewesen.⁹⁸ Die Behörden teilten ECRI mit, dass im Jahr 2021 69 Personen wegen Straftaten angeklagt wurden, die durch Anti-LGBTQI+-Hass motiviert waren. Im Jahr 2020 wurden 22 Personen wegen Straftaten angeklagt, die durch Anti-LGBTQI+-Hass motiviert waren. Im Jahr 2019 wurden 32 Personen wegen Straftaten angeklagt, die durch

⁹² European Parliament, Report on the implementation of the EU Association Agreement with Georgia, 16. November 2022, S. 12: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_deposes/rapports/2022/0274/P9_A\(2022\)0274_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/seance_pleniere/textes_deposes/rapports/2022/0274/P9_A(2022)0274_EN.pdf).

⁹³ USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023; Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement; HRW, World Report 2023 - Georgia, 12. Januar 2023; CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 15.

⁹⁴ USDOS, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Georgia, 20. März 2023.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

⁹⁷ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 12, Paragraph 25.

⁹⁸ Ebenda, S. 10, Paragraph 16

Anti-LGBTQI+-Hass motiviert waren, 14 wegen Straftaten, die durch religiöse Intoleranz motiviert waren, und zwölf wegen Straftaten, die durch rassistische und fremdenfeindliche Hetze motiviert waren. Von 2016 bis 2021 wurden aufgrund von Ermittlungen zu Straftaten mit homo-/transphobischen Motiven Strafverfolgungen gegen 169 Personen eingeleitet. Für die Jahre 2019 und 2020 hat der Oberste Gerichtshof Georgiens Informationen über Fälle von Hassverbrechen gesammelt und Informationen über Urteile der Stadt-/Bezirksgerichte Georgiens zur Verfügung gestellt, in denen das in Artikel 53 des Strafgesetzbuchs vorgesehene Motiv der Intoleranz als erschwerender Umstand in Fällen von rassistischen, religiösen und homo-/transphobischen Hassverbrechen verwendet wurde. Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität waren in diesen Fällen die häufigsten erschwerenden Umstände, gefolgt von religiöser Intoleranz.⁹⁹

Untätigkeit der Polizei, LGBTQI+-Menschen zu schützen. Nach Angaben von *Ana Aptsiauri* von *Equality Movement* fehlen wirksame Präventionsmechanismen bei der Polizei um LGBTQI+-Menschen vor Gewalt zu schützen. So gebe es keine Strategien und Vorschriften zur Verhinderung von derartigen Straftaten. Ob die Polizei bei einer Meldung Ermittlungen einleitet, hänge vom Ermessen der einzelnen Polizeikraft ab. Dabei seien laut *Ana Aptsiauri* systematische Probleme zu beobachten. Viele Polizeikräfte seien nicht qualifiziert, um Hassverbrechen zu untersuchen oder mit LGBTQI+-Personen zu kommunizieren. *Ana Aptsiauri* betonte, dass Gewalttaten im Rahmen der LGBTQI+-Veranstaltungen in der Regel angekündigt werden und das Innenministerium genug Zeit hätte, um solche Gewalttaten zu verhindern.¹⁰⁰ Die Organisatoren der Pride-Veranstaltung vom Juli 2021 beklagten sich darüber, dass die Zahl der Polizeikräfte, die an den entsprechenden Orten eingesetzt wurden, um die Sicherheit zu gewährleisten, nicht ausreichend war. Medienschaffende, die Opfer von Angriffen wurden, hatten laut ECRI auch auf die Untätigkeit der Polizei hingewiesen. Die Untätigkeit der wenigen Polizeikräfte, die vor Ort waren, führte bei vielen LGBTQI+-Aktivisten zu erheblichem Misstrauen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden und ihrer Bereitschaft, Pride-Veranstaltungen in Zukunft zu schützen. ECRI fordert die georgischen Behörden nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass die Ereignisse im Zusammenhang mit der Gewalt gegen den Pride-Marsch am 5. Juli 2021 wirksam untersucht werden, dass alle Gewalttäter zur Rechenschaft gezogen werden und dass solche Ausbrüche von Gewalt und Einschüchterung in Zukunft nicht mehr vorkommen, unter anderem durch eine Überprüfung der Polizeieinsätze bei solchen Veranstaltungen.¹⁰¹

Mangelhafte Identifikation von Hassmotiven bei Hassverbrechen. Eine der Herausforderungen, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen und der Strafverfolgung von Hassverbrechen in Georgien festgestellt wurde, besteht darin, dass die Behörden nicht in der Lage sind, Hassmotive zu erkennen und richtig zu qualifizieren. Darüber hinaus sieht das Gesetzbuch für Ordnungswidrigkeiten keine diskriminierenden Motive vor, was eine entsprechende Einstufung von Ordnungswidrigkeiten erschwert.¹⁰² *Equality Movement* wies gegenüber *Cedoca* im Oktober 2022 darauf hin, dass Hassverbrechen oft nicht korrekt als solche kategorisiert werden, was die offiziellen Statistiken unzuverlässig macht.¹⁰³ *Ana Aptsiauri* gab der SFH an, dass die offizielle Statistik keinen Sinn mache und das Innenministerium andere

⁹⁹ CoE-ECRI, ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 14-15.

¹⁰⁰ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

¹⁰¹ CoE-ECRI, ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 14-15.

¹⁰² CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 17.

¹⁰³ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 66.

Daten als die Generalstaatsanwaltschaft habe. Die NGO setzte sich für eine einheitliche Datenerhebung mit Hilfe des Europarats ein, aber dies sei vom Innenministerium abgelehnt worden.¹⁰⁴

Betroffene wenden sich kaum an Behörden. Die Situation wird dadurch verschärft, dass die Opfer von LGBTQI+-bezogenen Hassdelikten zögern, diese anzuzeigen, weil sie kein Vertrauen in die Polizei und das Justizsystem insgesamt haben.¹⁰⁵ Laut der Studie von *Social Justice Center* aus dem Jahr 2020 haben 55 Prozent der befragten LGBTQI+-Personen, die je Gewalt erlebt haben, in den letzten zwei Jahren körperliche, psychische und sexuelle Gewalt erlebt.¹⁰⁶ 69,6 Prozent derjenigen, die körperliche Gewalt erlebt hatten, weigerten sich, die Polizei einzuschalten, weil sie kein Vertrauen hatten. Im Falle psychischer Gewalt¹⁰⁷ waren es 85,8 Prozent, die sich nicht an die Polizei wandten. Die geringe Zahl der Meldungen geht mit einem geringen Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden einher. Die Umfrage zeigt, dass 74,1 Prozent der LGBTQ-Personen kein oder nur sehr wenig Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden haben, was laut *Social Justice Center* auf komplexe Faktoren zurückzuführen sei, darunter negative Erfahrungen, die Hypermaskulinisierung des Systems und die institutionelle Homophobie.¹⁰⁸ Laut dem *Büro des Ombudsmannes* führt das geringe Vertrauen von LGBTQI+-Personen in Ordnungsdienste zu einer Untererfassung der Straftaten und ist ein ernsthaftes Hindernis für die Aufdeckung und effektive Reaktion auf schwulen- und transphobe Straftaten. Das *Büro des Ombudsmannes* betont, dass eine unzureichende Berichterstattung nicht bedeute, dass solche Verbrechen nicht oder nur selten vorkommen. Es zeige jedoch, dass es Mängel im Justizsystem gibt. Ein zusätzlicher Faktor, der zu Misstrauen und folglich zur Untererfassung beiträgt, sei die homophobe Haltung der Polizeikräfte. Die Straflosigkeit der Organisierenden der homophoben Gewalttaten vom 5. und 6. Juli 2021 entmutigt die Opfer homophober oder transphober Gewalttaten laut *Büro des Ombudsmannes* zudem, Anzeige zu erstatten.¹⁰⁹

Unzureichende Privatsphäre bei Verhören, erzwungenes Outing und sekundäre Viktimisierung. Mehrere Gesprächspartner gaben *Cedoca* an, dass LGBTQI+-Personen, religiöse und ethnische Minderheiten Anzeigen bei der Polizei einreichen könnten. Jedoch sei das Verhalten der Polizei Minderheiten und insbesondere LGBTQI+-Personen gegenüber nicht angemessen.¹¹⁰ Laut der Studie von *Social Justice Center* aus dem Jahr 2020 bewerteten 57,1 Prozent derjenigen, die in den letzten zwei Jahren Gewalt erlebten und sich an die Polizei

¹⁰⁴ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

¹⁰⁵ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 17; CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 68; Public Defender of Georgia, The Rights of LGBT+ People in Georgia, 2021, S. 22-23.

¹⁰⁶ Social Justice Center, Social Exclusion of LGBTQ Group in Georgia, 2020, S. 76.

¹⁰⁷ Laut der Umfrage äusserte sich die psychische Gewalt in folgenden Formen: Verbalen Übergriff / Demütigung / Spott, Erpressung und Nötigung, Drohung mit einem «Coming-out», emotionale Manipulation, Selbstmordandrohung / Erpressung, soziale Isolation von Freunden und Familie, Streichung von finanzieller Unterstützung, Beschlagnahmung von Erbe/Eigentum, Zerstörung von persönlichem Eigentum, erzwungene medizinische Behandlung, erzwungene Besuche bei Geistlichen, Einschränkung des Geschlechtsausdrucks, Einschränkung des Zugangs zu Bildung und Beschränkung des Zugangs zu Grundbedürfnissen. Ebenda, S. 86.

¹⁰⁸ Ebenda, 2020, S. 10-11.

¹⁰⁹ Public Defender of Georgia, The Rights of LGBT+ People in Georgia, 2021, S. 22-23.

¹¹⁰ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 68.

wandten, die Reaktion der Polizeikräfte negativ und nur 25 Prozent der Betroffenen empfinden diese als angemessen.¹¹¹ Die Angst vor polizeilichen Reaktionen, unzureichender Privatsphäre bei Verhören,¹¹² erzwungenem Outing und sekundärer Viktimisierung¹¹³ sind so einige der Gründe, die von verschiedenen Quellen dafür genannt wurden, dass LGBTQI+ Personen keine Anzeigen bei der Polizei einreichen. Nach Angaben von *Tbilisi Pride* findet das Zwangsouting hauptsächlich in den ländlichen Gebieten statt. In solchen Situationen gebe die Polizei nach einer eingereichten Anzeige die sexuelle Orientierung der betroffenen Person preis, was diese erneut stigmatisiert. Polizeikräfte interessieren sich laut *Equality Movement* oft hauptsächlich für das Privatleben, wenn jemand aus der LGBTQI+-Gemeinschaft eine Anzeige einreicht. *Equality Movement* verweist auch auf die unangemessene Reaktion der Polizeikräfte, glaubt aber, dass sich die Einstellung der Polizisten in den letzten Jahren verbessert hat.¹¹⁴ Häufig kommt es nach Angaben von *Tbilisi Pride* zu einer sekundären Viktimisierung, da es der Polizei an Sensibilität gegenüber Opfern von LGBTQI+-Hassverbrechen mangelt.¹¹⁵ Selbst wenn sich das Opfer an die Behörden gewandt hat und eine förmliche Untersuchung eingeleitet wurde, scheuen sich Zeug*innen und Opfer vor einer Aussage, da das Vorlegen von Beweisen in den meisten Fällen schwierig oder umstritten ist, Vergeltungsmassnahmen befürchtet werden, und das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden nicht gegeben ist.¹¹⁶

Polizei drängt Gewaltopfer dazu, sich mit Familie zu versöhnen. Darüber hinaus stellt *Equality Movement* fest, dass die Polizei im Falle von Gewalt gegen LGBTQI+ innerhalb ihrer Familien die Opfer oft dazu «ermutigt», sich mit dieser zu versöhnen.¹¹⁷

Demütigungen, Homophobie, Beschimpfungen oder Gleichgültigkeit der Polizei. Polizeikräfte werden nicht für Fehlverhalten bestraft. Laut dem *Büro des Ombudsmanns* sind LGBTQI+ Personen teilweise Demütigungen, Homophobie, Beschimpfungen oder Gleichgültigkeit ausgesetzt sind, wenn sie sich bei der Polizei über einen Gewaltvorfall beschweren.¹¹⁸ Das Innenministerium versäumt es, Polizeikräfte, die homophober Reaktionen beschuldigt werden, zur Rechenschaft zu ziehen. Bei keiner der Meldungen, die es in dieser Hinsicht erhielt, wurde offiziell ein Fehlverhalten gegenüber LGBTQI+-Personen bestätigt.¹¹⁹ Auch *Tbilisi Pride* gab *Cedoca* an, dass die Generalinspektion, die für die Untersuchung von Fehlverhalten von Strafverfolgungsbehörden zuständig ist, nie eine Polizeikraft für schuldig befunden habe.¹²⁰

¹¹¹ Social Justice Center, Social Exclusion of LGBTQ Group in Georgia, 2020, S. 76.

¹¹² CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 68.

¹¹³ Ebenda; CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10, Paragraph 17; *Tbilisi Pride*, Human Rights Violations against Lesbian, Bisexual, and Transgender Women in Georgia, August 2022, S.4.

¹¹⁴ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 68.

¹¹⁵ *Tbilisi Pride*, Human Rights Violations against Lesbian, Bisexual, and Transgender Women in Georgia, August 2022, S.4.

¹¹⁶ ECOM, Human Rights Violations Based on Sexual Orientation and Gender Identity in Georgia, Mai 2022, S. 7.

¹¹⁷ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 68.

¹¹⁸ Public Defender of Georgia, On the Situation of Protection of Human Rights and Freedoms in Georgia, 2019, Juli 2020, S. 160-161: <https://ombudsman.ge/res/docs/2020070407523954521.pdf>.

¹¹⁹ Public Defender of Georgia, On the Situation of Protection of Human Rights and Freedoms in Georgia, 2020, Juli 2021, S. 162.

¹²⁰ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 69.

Interaktion von LGBTQI+-Menschen mit Polizei in ländlichen Gebieten vermutlich noch schwieriger. *Equality Movement* hat nach eigenen Angaben keinen klaren Einblick in das Ausmass, in dem LGBTQI+ Personen in den Regionen zur Polizei gehen, vermutet aber, dass die Situation dort viel schwieriger ist, als in der Hauptstadt.¹²¹ *Ana Aptsiauri* gab der SFH an, dass *Equality Movement* in der Hauptstadt, aber nicht in ländlichen Gebieten mit Polizeikräften arbeitet. Entsprechend habe die NGO keine Kenntnis, wie die Polizei in ländlichen Gebieten auf Anzeigen von Hassverbrechen reagiert. Laut *Ana Aptsiauri* seien aber bereits die Polizeikräfte in Tiflis nicht genügend qualifiziert, und es sei nicht zu erwarten, dass die Qualifikation in ländlichen Gebieten besser sei.¹²²

Polizei ist zurückhaltend, Hassverbrechen gegen LGBTQI+-Menschen nachzugehen. Nach Angaben von *Ana Aptsiauri* zögern Polizeikräfte, den Anzeigen von LGBTQI+-Menschen nachzugehen. Bei Anzeigen wegen Hassverbrechen versuche die Polizei sicherzustellen, dass die Person die Anzeige zurücknimmt. Dies sei insbesondere der Fall, wenn die Polizeikräfte annehmen würden, dass die Person jung oder sich ihrer Rechte nicht bewusst sei. Aber wenn eine Rechtsvertretung in den Fall involviert sei, würden die Polizeikräfte in der Regel ihre Haltung ändern.¹²³ In den meisten Fällen werden Zeug*innen laut ECOM während des Verhörs unter Druck gesetzt, weshalb die Anwesenheit einer Rechtsvertretung in der Anfangsphase sehr wichtig ist. Zu den Problemen, die den Zugang der Opfer zur Justiz behindern, gehören auch Hindernisse bei der Vertretung ihrer Interessen durch Menschenrechtsverteidigende und LGBTQI+-Aktivist*innen sowie die mangelnde Bereitschaft der Behörden, mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten.¹²⁴ *Tbilisi Pride* weist auf die Bedeutung von Verbindungen hin, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Wenn eine NGO an dem Fall beteiligt ist, wird er laut *Tbilisi Pride* ernster genommen, aber selbst das reicht in manchen Situationen nicht aus. Eine weitere Möglichkeit, um sicherzustellen, dass der Fall gründlich untersucht wird, bestehe darin, dafür zu sorgen, dass die Medien über den Fall berichten.¹²⁵ Wenn die Polizei nicht hilft, ist es laut *Equality Movement* auch möglich, sich an das Büro des Ombudsmanns zu wenden. Wenn dieses an einem Fall beteiligt sei, werde er ernster genommen.¹²⁶

Untersuchungen ziehen sich in der Regel über Jahre hinweg ergebnislos hin. Die rechtzeitige Durchführung von Ermittlungen ist nach Einschätzung eines Berichts von ECOM weiterhin problematisch. Die von den Ermittlungsbehörden eingeleiteten Untersuchungen ziehen sich in der Regel über Jahre hinweg ergebnislos hin.¹²⁷

Abteilung für den Schutz der Menschenrechte und die Überwachung der Qualität der Ermittlungen im Innenministerium mit beschränktem Mandat. Nach Angaben der georgischen Behörden habe die Einrichtung der Abteilung für den Schutz der Menschenrechte und die Überwachung der Qualität der Ermittlungen im Innenministerium die Qualität der Ermittlungen von Hassverbrechen verbessert. Die Abteilung entwickelt Methoden, überwacht den

¹²¹ Ebenda, S. 68.

¹²² Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

¹²³ Ebenda.

¹²⁴ ECOM, Human Rights Violations Based on Sexual Orientation and Gender Identity in Georgia, Mai 2022, S. 7.

¹²⁵ CGRS-CEDOCA, Georgië: Allgemeine situation, 16. Januar 2023, S. 69.

¹²⁶ Ebenda, S. 68.

¹²⁷ ECOM, Human Rights Violations Based on Sexual Orientation and Gender Identity in Georgia, Mai 2022, S. 7.

Ablauf der Ermittlungen und gibt Empfehlungen für allgemeine Verbesserungen. Nach Angaben der georgischen Behörden hat die Arbeit der Abteilung begonnen, die Einstellung der Polizeikräfte gegenüber gefährdeten Gruppen und Hassverbrechen zu ändern. Sie könne auch disziplinarische Sanktionen vorschlagen und arbeite mit den zuständigen Regierungsstellen sowie mit NGOs zusammen. ECRI traf sich jedoch auch mit Vertretenden verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, die – obwohl sie die nützliche Arbeit dieser neuen Abteilung anerkennen – ihre Unzufriedenheit mit dem eher begrenzten Umfang des Mandats der Abteilung zum Ausdruck brachten. Sie kritisieren unter anderem, dass die Abteilung nicht damit beauftragt ist, selbst Ermittlungen zu Vorfällen von Hassverbrechen durchzuführen. Im Jahr 2019 hatte ECRI bereits in ihren vorläufigen Schlussfolgerungen zu Georgien auf denselben Mangel hingewiesen.¹²⁸

Ungenügende Unterstützung von Zeug*innen und Opfern. Was den Schutz und die Unterstützung der Opfer betrifft, so wurde nach Angaben von *Dunja Mijatović* 2011 in der Staatsanwaltschaft und 2019 im Innenministerium ein System von Zeugen- und Opferkoordinator*innen eingerichtet. Die Zeug*innen- und Opferkoordinator*innen haben die Aufgabe, Zeug*innen und Opfer aller Straftaten psychologisch zu unterstützen, eine erneute und sekundäre Viktimisierung zu verhindern, Informationen über verfügbare Dienste und aktuelle Informationen über die Ermittlungen und das Verfahren bereitzustellen und eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Strafverfolgungsbehörden zu fördern. Die Gesprächspartner von *Dunja Mijatović* werteten dieses System als positiver Schritt, berichteten aber dennoch, dass die Anzahl der Koordinator*innen nicht ausreicht, um allen, die Hilfe benötigen, eine wirksame Vermittlung und praktische Unterstützung zu bieten. Nach den Informationen, die *Dunja Mijatović* vom Innenministerium zur Verfügung gestellt wurden, bietet der Zeug*innen- und Opferkoordinator*innen-Dienst derzeit vorrangig psychologische Unterstützung für Jugendliche, die Opfer sexueller Gewalt geworden sind.¹²⁹

Keine spezifischen Schutzeinrichtungen für LGBTQI+-Menschen und nur kurzfristige Aufnahme möglich. Nach Angaben von *Ana Aptsiauri* von *Equality Movement* sind die existierenden Schutzeinrichtungen nur für Opfer häuslicher Gewalt oder geschlechtsspezifischer Gewalt konzipiert. Die Ressourcen der Unterkünfte seien zudem nicht ausreichend. Das Verhalten des Personals gegenüber LGBTQI+-Schutzsuchenden sei nicht angemessen. Die Unterkünfte seien in Männer- und Frauenunterkünfte beziehungsweise -abteilungen unterteilt. Die Infrastruktur in den Schutzunterkünften sei nicht angemessen für intersexuelle Menschen, besonders für Minderjährige. Zwar gebe es gute Sozialarbeitende und normalerweise seien medizinische Fachleute und Rechtsberatende in den Unterkünften, aber diese seien oft nicht qualifiziert in Bezug auf die Anliegen der LGBTQI+-Menschen. *Ana Aptsiauri* betonte, dass der Aufenthalt in den Schutzeinrichtungen auf drei Monate Aufenthalt begrenzt sei. Auch sei zu beobachten, dass die anderen Schutzsuchenden in den Unterkünften nicht positiv gegenüber über LGBTQI+-Schutzsuchenden eingestellt seien.¹³⁰ Wenn eine LGBTQI+-Person Opfer häuslicher Gewalt wird und in einer Schutzunterkunft landet, ist es nach *Equality Movement*

¹²⁸ CoE-ECRI, ECRI Report on Georgia (sixth monitoring cycle), 22. Juni 2023, S. 15-16.

¹²⁹ CoE/CommDH, Commissioner for Human Rights of the Council of Europe Dunja Mijatović; Report following her visit to Georgia from 21 to 24 February 2022, 15. Juli 2022, S. 10-11, Paragraph 19.

¹³⁰ Telefoninterview vom 9. März 2023 mit Ana Aptsiauri von Equality Movement.

wahrscheinlich, dass sie nach dem Aufenthalt in der Schutzunterkunft erneut häuslicher Gewalt ausgesetzt ist, weil sie aus wirtschaftlicher Not gezwungen ist, wieder zu ihrer Familie zurückzukehren.¹³¹

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.

¹³¹ CGRS-CEDOCA, Georgië: Algemene situatie, 16. Januar 2023, S. 65-66.